

Vorweg die Ukraine Berichte

Teile 14,13,12,11, 10, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1.

nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichtre-Teil-14.pdf>

(**Tipp:** Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 15:

.) Schwedische Linkspartei weiterhin für Blockfreiheit und gegen die NATO-

Mitgliedschaft : <https://kommunisten.de/rubriken/meinungen/8534-nooshi-dadgostar-schwedische-linkspartei-weiterhin-fuer-blockfreiheit-und-gegen-die-nato-mitgliedschaft> - Nooshi

Dadgostar, Vorsitzende der schwedischen Linkspartei, zum Beschluss der schwedischen Sozialdemokraten, sich der NATO anzuschließen: "eine erwartete, aber düstere Nachricht". ++ "Die NATO bedeutet, dass wir Gefahr laufen, in die Kriege anderer Länder hineingezogen zu werden." ++ "Soll Schweden die Kurden opfern, um Erdoğan zu gefallen?"

"Schweden soll keinen Antrag auf eine Nato-Mitgliedschaft stellen“, hatte Schwedens sozialdemokratische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson im November in der Regierungserklärung zu ihrem Amtsantritt gesagt: "Die militärische Bündnisfreiheit dient unserem Land gut, sie trägt zur Sicherheit und Stabilität in Nordeuropa bei."

Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist für die schwedischen Sozialdemokraten alles anders. Am Sonntag (15.5.) verkündete die Chefin der Minderheitsregierung der Sozialdemokraten, Magdalena Andersson, gemeinsam mit dem Oppositionsführer der Konservativen, Ulf Kristensson, dass die Regierung des Landes beschlossen hat, einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO zu stellen. Sie sprach dabei von einer "neuen Ära". Zuvor hatte sich im Parlament eine Mehrheit der Parteien für eine NATO-Mitgliedschaft ausgesprochen. Grüne und Linkspartei Vänsterpartiete sind dagegen. Die Linkspartei ist der Meinung, dass militärische Bündnisfreiheit die beste Grundlage für eine unabhängige Außenpolitik, Frieden und

Abrüstung ist. Die beiden Parteien haben gemeinsam 43 von 349 Sitzen im schwedischen Reichs.

.) Frankreich: Breite Linksunion zur Parlamentswahl steht :

<https://www.jungewelt.de/artikel/427288.abstimmung-zur-nationalversammlung-diese-eu-ist-die-der-deutschen-elite.html> - Abstimmung zur Nationalversammlung

<https://www.kommunisten.de/rubriken/wahlen-in-europa/8524-frankreich-breite-linksunion-zur-parlamentswahl-steht>

»Diese EU ist die der deutschen Elite«

Über den »Ungehorsam« gegen Brüssel und die kommenden Parlamentswahlen in Frankreich. Das Linksbündnis NUPES für die Parlamentswahlen in Frankreich ist unter anderem zustande gekommen, weil man verhindern will, dass Staatspräsident Emmanuel Macron im Juni erneut eine Mehrheit in der Nationalversammlung bekommt. Warum darf das nicht passieren?

Als Macron vor fünf Jahren gewählt wurde, hat er sich als weder rechts noch links präsentiert. Spätestens heute steht aber fest, dass er eindeutig rechts ist. Das sieht man beispielsweise an seiner nicht vorhandenen Klimapolitik. Als die jetzige Premierministerin Élisabeth Borne noch Umweltministerin war, wurde Frankreich gleich zweimal wegen fehlenden Klimaschutzes vor einem Gericht verurteilt. Zum Feminismus hatte Macron angekündigt, es werde das Leitthema seines Mandats sein. Er hat nicht nur auch hier nichts getan, sondern zusätzlich Gérald Darmanin als Innenminister ernannt, gegen den Ermittlungen wegen Vergewaltigung laufen.

.) Keine juristischen Einwände gegen längere Atomlaufzeit in Deutschland :

<https://www.welt.de/wirtschaft/article239021329/Gutachten-Keine-juristischen-Einwaende-gegen-laengere-Atomlaufzeit.html> - Gegen den Weiterbetrieb der letzten sechs deutschen

Kernkraftwerke sprechen keine juristischen Gründe. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens der Ruhr-Universität Bochum. Warum sieht die Bundesregierung das anders?

Rechtsexperten der Ruhr-Universität Bochum haben die juristischen Vorbehalte der Bundesregierung gegen einen Weiterbetrieb der letzten sechs deutschen Kernkraftwerke als „wenig überzeugend“ zurückgewiesen. Eine weitere Nutzung der drei zum 31. Dezember 2021 abgeschalteten und der drei zur Abschaltung anstehenden Kernkraftwerke sei „von Rechts wegen zulässig und rechtssicher regelbar“, so ihr Urteil.

.) WG: Kissinger: Donbass und Krim an Russland abtreten :

<https://www.antiimperialista.org/de/content/weg-zum-frieden-abtretung-des-donbass-und-der-krim> -

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger ist am WEF in Davos für die Abtretung der Krim und des Donbass (Minsker Grenzen) an Russland eingetreten. Schon einige Tage zuvor erschien im zentralen Regime-Medium New York Times ein ähnlich lautender Leitartikel . Die Quintessenz: ein totaler Sieg von USA/Nato ist höchst unwahrscheinlich. Ein russischer Teilerfolg würde den US-Einfluss insbesondere auf Europa schwächen. Man müsse schnell handeln, um zumindest zum Status quo ante zurückzukehren.

Kessel am Donez

Hintergrund dessen sind die langsamen aber doch unverkennbaren militärischen Erfolge Russlands im Donbass und der drohende Kessel von Severodonetsk-Lisitschansk, der bis zu einem Drittel der ukrainischen Kampftruppen im Donbass einschließlich eines gewissen Nazi-Anteils einschließen könnte – mit verheerender militärischer und politischer Wirkung.

.) Die Kurden, Skandinavien und die NATO : <https://www.infosperber.ch/politik/die-kurden-skandinavien-und-die-nato/> -

Am Montag hat der türkische Präsident Erdogan mit einem erneuten Einmarsch in Syrien gedroht. Ziel sei eine 30 Kilometer lange Sicherheitszone entlang der türkischen Grenze zu Syrien. Erdogan setzt NATO unter Druck: Als Preis für die Norderweiterung sollen die Kurden auf dem Altar der Geopolitik geopfert werden.

Ist die Türkei noch ein verlässlicher Partner der westlichen Allianz? Oder fungiert sie eher als ein verkapptes trojanisches Pferd Russlands innerhalb der NATO? Diese Fragen spalten die westliche Welt, seit die Türkei Mitte Mai dem NATO-Beitritt von Schweden und Finnland mit ihrem Veto einen Riegel vorgeschoben hat. Dabei stellte der Beschluss beider skandinavischen Länder, ihre jahrzehntelange Neutralität aufzugeben, eine der dramatischsten Veränderungen in der Sicherheitspolitik Europas dar. Die Allianz habe «den legitimen Sicherheitsbedenken Ankaras mit konkreten Schritten» Rechnung zu tragen, begründete der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan einer verblüfften NATO-Runde sein Veto. Unmissverständlich stellte er klar: Wollten die Beitrittskandidaten ihren Beitritt «erwirken», müssten sie zuvor eine Liste von Ankaras Forderungen erfüllen.

Auslieferungen von Dissidenten

Diese Liste beinhaltet eine Freigabe von Waffenexporten in die Türkei. Finnland, Schweden und andere europäische Länder hatten 2019 ein Waffenembargo gegen die Türkei verhängt, weil die türkische Armee in den kurdischen Nordosten Syriens einmarschiert war, kurdische Städte und Dörfer zerstörte, abertausende Zivilisten in

die Flucht trieb und damit krass gegen das Völkerrecht verstieß.

Zu den Forderungen der Türkei gehört ferner die Auslieferung «von 28 Terrorismusverdächtigen aus Schweden und 12 aus Finnland». Es gebe «keine rechtliche oder juristische Grundlage», diese nicht auszuliefern, fügte eine Woche später der einflussreiche Pressesprecher des Präsidenten, Ibrahim Kalin, hinzu. In der regierungsnahen türkischen Presse kursieren inzwischen die Namen von acht Personen, auf deren unbedingte Auslieferung Ankara besteht: [Ragip Zarakolu](#) gehört dazu. Als linksliberaler Verleger trat Zarakolu seit den 1980er Jahren für eine Versöhnung der Türkei mit ihren armenischen und griechischen Nachbarn auf und setzte sich für die Rechte der Kurden ein. Zarakolu sass mehrmals im Gefängnis, mal, weil er die Weigerung der offiziellen Türkei anprangerte, die Identität ihrer rund 15 Millionen zählenden kurdischen Minderheit anzuerkennen, dann wieder, weil sein Verlag Bücher mit angeblich unliebsamen Inhalten veröffentlichte. Mit «terroristischen Handlungen» wurde Zarakolu aber bis heute nie in Verbindung gebracht.

Ausgeliefert werden soll ferner der Journalist Bülent Kenes. Als Chefredaktor leitete dieser zeitweise die Zeitung Zaman des Predigers [Fethullah Gülen](#). Gülen und Erdogan teilten sich um die Jahrtausendwende die Macht über die Bewegung des politischen Islam in der Türkei, doch Ende 2013 kam es zwischen den beiden zum grossen Bruch. Nach dem gescheiterten Staatsstreich im Sommer 2016 beschuldigte Erdogan seinen ehemaligen Weggefährten, den Putschversuch mit Anhängern seiner [Gülen-Bewegung](#) geplant und durchgeführt zu haben. Fortan wanderten Fethullah-Anhänger zu Abertausenden ins Gefängnis – oft mit willkürlichen Begründungen –, weitere wurden im grossen Stil enteignet. Bülent Kenes gelang die Flucht nach Schweden. Cengiz Candar, ein renommierter Nahost-Experte und einflussreicher türkischer Journalist, der ebenfalls im Exil in Schweden lebt, ermahnt die Regierung seiner neuen Heimat, sie dürfe den Forderungen Ankaras nicht nachgeben. Dissidente auszuliefern, käme einer Aushöhlung des Rechtsstaats in Schweden gleich, schrieb er auf der Internetplattform Al Monitor. Würde man Erdogans Forderungen nachgeben, wäre dies, als ob die NATO beabsichtigte, «einem Autokraten die Gestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur und die Zukunft der westlichen Demokratie zu überlassen».

.) Anzeige in Schweden: „Publizisten nicht an Erdogan ausliefern!“ :

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/anzeige-in-schweden-publizisten-nicht-an-erdogan-ausliefern-32335> - Prominente Persönlichkeiten fordern die schwedische Regierung auf, niemals über die Gedanken- und Meinungsfreiheit zu verhandeln und Erdogans Forderung nach Auslieferung kurdischer und türkischer Oppositioneller zurückzuweisen. Mit einer zeitgleich geschalteten Anzeige in vier schwedischen Zeitungen wird die türkische Erpressung gegen Schwedens NATO-Beitritt kritisiert. Die in den Zeitungen

Aftonbladet, Expressen, Dagens Nyheter und Svenska Dagbladet veröffentlichte Anzeige wurde von 17 prominenten Persönlichkeiten unterzeichnet, darunter Journalist:innen, Schriftsteller:innen, Verleger:innen und Schauspieler:innen. Unter dem Titel „Publizisten nicht an Erdogan ausliefern“ wird darauf hingewiesen, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan versucht, sein eigenes Verständnis von Meinungsfreiheit nach Schweden zu exportieren.

„Nach den Beitrittsgesuchen Schwedens und Finnlands zum NATO-Verteidigungsbündnis hat der türkische Präsident Erdogan eine Reihe von Bedingungen gestellt. Eine der Bedingungen ist die Auslieferung mehrerer schwedischer Journalisten, Schriftsteller und Verleger türkischer Herkunft an die Türkei. Die Forderung der Türkei hat bei uns, die wir uns für die Meinungs- und Verlagsfreiheit einsetzen, zu Recht Besorgnis und Unbehagen ausgelöst“, heißt es in der Anzeige:

„Es ist kein Geheimnis mehr, dass Präsident Recep Tayyip Erdogan Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei ausgehöhlt hat. Erdogan hat alle legislativen, gerichtlichen und exekutiven Befugnisse in seine Hände gelegt. Er bringt Journalisten und andere Personen, die mit ihm nicht einverstanden sind, zum Schweigen und steckt sie ins Gefängnis. Diejenigen, die von ihm verfolgt werden, können Politiker, Schriftsteller, Sänger, Youtuber sein. Diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen. Eines der Opfer von Erdogans Willkürherrschaft ist der Geschäftsmann und Menschenrechtsverteidiger Osman Kavala. Das Ministerkomitee des Europarates hat beschlossen, Sanktionen gegen die Türkei, die Mitglied des Europarates ist, zu verhängen, weil die Inhaftierung von Osman Kavala gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt. Wir möchten auch an die Angriffe und Attentate auf prominente Journalisten wie Can Dündar in Istanbul, Erk Acarer in Berlin und Ahmet Dönmez in Stockholm erinnern.

Schweden darf einem Regime, das seine Kritiker fernab seiner Grenzen zum Schweigen bringen will, unter keinen Umständen Publizisten ausliefern. Wir betrachten Erdogans politisches Manöver, Menschen auszuliefern, die in Schweden Zuflucht gesucht haben, als einen Versuch, sein eigenes Verständnis von Meinungsfreiheit in unser Land, Schweden, zu exportieren.

Tappen Sie nicht in die Falle Erdogans, der sein Vetorecht gegen Schwedens NATO-Beitrittsantrag missbraucht! Wir sollten niemals über die Gedanken- und Meinungsfreiheit verhandeln! Schützen Sie das Recht auf freie Meinungsäußerung! Schützt die kurdische Sprache! Liefert keine Verleger aus, die dem staatlichen Vorgehen in der Türkei entkommen sind!"

.) **„Türkei in der schwächeren Position“** „Um mit Moskau auf Augenhöhe zu verhandeln, brauche die Türkei die Rückendeckung der Nato, sagt Günter Seufert von der Stiftung Wissenschaft und Politik.,Erdogan läuft vor einer Reihe weiß

gekleideter Soldaten entlang: <https://taz.de/Experte-ueber-Nato-Verhandlungen/!5857487/> - Nicht so stark, wie sie scheint: Die Position von Erdogans Türkei gegenüber der Nato: Text unter dem o. a. Link.

.) 100 Milliarden für Bundeswehr: Kompromiss bei Sondervermögen,,Die Ampelkoalition kommt der Union bei den Aufrüstungsplänen entgegen. 100 Milliarden Euro sollen an die Bundeswehr gehen: <https://taz.de/100-Milliarden-fuer-Bundeswehr/!5857536/> - Ampel und Union wollen Aufrüsten
Regierungsparteien und Union haben sich auf das 100 Milliarden Euro schwere **Sondervermögen für die Bundeswehr** verständigt. Die Gespräche über die dafür angestrebte Änderung des Grundgesetzes seien „erfolgreich beendet“ worden, teilten beide Seiten in einer über das Bundesfinanzministerium verbreiteten Erklärung am Sonntagabend mit. Damit wird in den kommenden Jahren der Weg frei für die Anschaffung moderner Rüstungsgüter wie Kampffjets oder Hubschrauber. „Wir stellen gemeinsam sicher, dass die Bundeswehr in den kommenden Jahren mit 100 Milliarden Euro zusätzlicher Investitionen gestärkt wird“, hieß es in der Erklärung. Dabei werde das Nato-Ziel, pro Jahr zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben, „im mehrjährigen Durchschnitt erreicht“. [Bundeskanzler Olaf Scholz \(SPD\)](#) hatte das Sondervermögen Ende Februar kurz nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine angekündigt. Es soll seit Jahren bestehende Ausrüstungsmängel bei der Bundeswehr beseitigen und dazu beitragen, dass Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel der Nato erreicht. Für die vorgesehene Verankerung des Sondervermögens im Grundgesetz ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament nötig. SPD, FDP und Grüne [sind deshalb auch auf Stimmen von CDU/CSU angewiesen](#).

.) Putins Weizenlüge : <https://taz.de/Gestiegene-Getreidepreise/!5854800/> - Anders als der russische Präsident behauptet, sind die Sanktionen des Westens nicht verantwortlich für den Preisanstieg bei Lebensmitteln. Russlands Präsident Wladimir Putin hat mal wieder gelogen. Am Samstag behauptete er in einem Telefonat mit Bundeskanzler Olaf Scholz und Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron, die „antirussischen Sanktionen“ sowie eine „fehlgeleitete Wirtschafts- und Finanzpolitik der westlichen Länder“ seien die Ursache für die drohende Lebensmittelkrise. Putin schiebt dem Westen die Schuld dafür zu, dass wegen der stark gestiegenen Preise etwa für **Getreide** möglicherweise weitere Millionen von Menschen in Entwicklungsländern hungern werden.

.)Schweiz: Wunsch nach Autarkie: Kernenergie gewinnt in der Bevölkerung an Rückhalt: <https://www.tagblatt.ch/news-service/inland-schweiz/umfrage-wunsch->

[nach-autarkie-kernenergie-gewinnt-in-der-bevoelkerung-an-rueckhalt-ld.2297270](#) -

Die Diskussion um einen Importstopp für Öl und Gas aus Russland hat Einfluss auf das Image der Kernenergie. Laut einer aktuellen Umfrage sind Atomkraftwerke für viele wieder eine Option.

Atomkraftwerk Gösgen: Für 40 Prozent der Bevölkerung kommen weitere Abschaltungen nicht in Frage.

In der Bevölkerung wächst der Wunsch nach mehr Autarkie bei der Stromversorgung. Dies zeigt eine Umfrage der Zürcher Marktforschungsfirma Marketagent Schweiz. Drei Viertel der Bevölkerung sind demnach der Meinung, dass die Schweiz auf eine möglichst autarke Versorgung hinarbeiten solle, schreibt diese in einer Mitteilung vom Sonntag.

Grund dafür ist der Krieg in der Ukraine. Sechs von zehn Personen befürworten eine Sanktionierung von Erdgaslieferungen aus Russland. Damit lehnen sie auch die Idee von Bundesrätin Simonetta Sommaruga ab, mit Gaskraftwerken allfällige Lücken beim Umstieg auf erneuerbare Energiequellen zu schliessen. Für sechzig Prozent ist dies keine Option mehr.

Jeder Dritte will neue Atomkraftwerke bauen

Dagegen wird der schrittweise Ausstieg aus der Atomenergie von vielen nicht mehr als sinnvoll erachtet. 40 Prozent sind der Meinung, dass die bestehenden Atomkraftwerke weiterbetrieben werden sollen, solange sie sicher sind. Gut ein Drittel spricht sich gar für den Bau von neuen Kernkraftwerken neuester Technologie aus. 45 Prozent sind laut Umfrage der Meinung, dass Kernenergie für das Gelingen der Stromwende unverzichtbar sei. In der letzten Umfrage vom September 2021 waren es noch 41 Prozent gewesen. Auch nannten nun 21 Prozent Atomkraftwerke als präferierte Produktionsweise. Im September waren erst 17 Prozent dieser Ansicht.

Für die repräsentative Umfrage wurden im April rund 1000 Personen aus der Deutsch- und Westschweiz befragt.

Kommentar: Vier AKW sind in Schweiz aktiv. Zehn AKW waren geplant. Mit jedem Atomgau (Harrisburg, 1979 / Tschernobyl 1986 / Fukushima 2011) wurde der AKW Bau reduziert. Daran hatten die Anti-AKW-Bewegungen seit 1971 in der Schweiz, Österreich, Frankreich, USA und zuletzt aus Deutschland ihren Anteil gehabt. Die Energieversorger in der Schweiz wollen keine AKW bauen. Zu teuer. Zu unsicher. Es wird keine Garantie für neue AKW Laufzeiten für mehr als 60 Jahren geben können. Weil der technische Fortschritt sich rasend schnell gegen die Atomenergie verändert wird. Atomenergie (Bau- und fossile Rohstoffe) wird immer teurer werden. Atomstrom macht die Schweiz besonders vom Ausland abhängig. Die Schweiz hat weder Uranminen, noch Uranaufbereitungsanlagen. Sie bezieht die Uran-Brennelemente von der französischen Firma Orano (neuer Name, Areva wurde aufgelöst). Diese wiederum beschaffte bisher das Uranerz aus Russland, Niger und

Kanada. Wegen dem Russlandkrieg gegen die Ukraine hat Frankreich aktuell ein Problem. Wenn man unabhängiger vom Ausland werden will dann geht das nur mit Einsparungen, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien. Die Erneuerbaren Energien werden immer billiger. Die Zahlen sind weltweit sind sehr eindeutig.

.) Preissteigerungsrate bei fast 8 Prozent: <https://taz.de/Preissteigerungsrate-bei-fast-8-Prozent/!5854930/> Inflation wie zu Willys Zeiten, „Die Inflationsquote steigt im Mai auf 7,9 Prozent – so hoch wie zuletzt im Winter 1973/1974. Das bringt reale Verluste für Löhne und Altersvorsorge. Intergrund ist u. a. der Krieg in der Ukraine. Bei „Gütern und bei Nahrungsmitteln steckt wohl noch etwas Druck in der Pipeline, bevor die Lage sich ab dem Herbst entspannen dürfte“, sagte der Chefvolkswirt der Berenberg Bank, Holger Schmieding. „Der Tankrabbat und andere Eingriffe dürften aber dafür sorgen, dass die Inflationsrate in den kommenden Monaten in Deutschland nicht weiter steigt.“

.) Die nächste Weltklimakonferenz COP27 tagt im November 2022 in Ägypten ein Rückblick auf 1979 und 1992: https://www.deutschlandfunk.de/vor-40-jahren-erste-weltklimakonferenz-in-genf.871.de.html?dram:article_id=440681 - Die nächste Weltklimakonferenz COP27 tagt im November 2022 in Ägypten. Tagungsort ist nach Medienberichten der Küstenort Scharm el-Scheich. Die Konferenz tagt vom 6. bis zum 18. November 2022. Vor 30 Jahren gab es die erste weltweit bekannte Weltklimakonferenz in Rio. Die erste fand schon im Februar 1979 in Genf ohne jede Wirkung auf die Politik statt. Der Wissenschaftler beschreibt genau das was wir heute in Europa haben. Siehe Tagesschau unten. Am Anfang kein Ton. Ein Artikel vom Deutschlandfunk von 2019 zu 1979.

.) Iran: Massenproteste gegen schlechte Lebensbedingungen : <https://www.mena-watch.com/iraner-demonstrieren-gegen-schlechte-lebensbedingungen/> - Schon seit Jahren leidet die iranische Bevölkerung unter der sich ständig verschlechternden wirtschaftlichen Lage, die sich durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs massiv verschärft hat.

.) Sondervermögen: 100-Milliarden ohne Sinn und Verstand : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164172.sondervermoegen-milliarden-ohne-sinn-und-verstand.html> - Mit einem Schuldenberg füllt die Ampel-Koalition das Loch, das die Union über anderthalb Jahrzehnte ausgehoben hat. Jedoch nur im Bereich Militär. Mitglieder der Linken-Bundestagsfraktion mit Dietmar Bartsch (5.vr),

Fraktionsvorsitzender der Partei Die Linke, und Janine Wissler (4.vr), Parteivorsitzende Die Linke, protestieren im April 2022 vor dem Brandenburger Tor gegen das geplante Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. [Text unter dem o.a.Link.](#)

.) Geschlossen für Hochrüstung : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164183.standpunkt-geschlossen-fuer-hochruerstung.html> - Nur einige wenige in den Regierungsparteien haben sich gegen das Sondervermögen Bundeswehr ausgesprochen. Sie werden auch dafür hochwertigsten Ersatz bekommen, nachdem das Sondervermögen Bundeswehr beschlossene Sache ist: Soldaten bei einer Übung mit dem für Zielungenauigkeit bei Hitze viel kritisierten Sturmgewehr G36 A2. [Text unter dem o.a. Link.](#)

.) Klimawirkung des Ukraine-Krieges : <https://energiewende-2030.de/klimawirkung-des-ukraine-krieges/> - im Auftrag des Redaktionsteams des Runden Tisches Erneuerbare Energien (RTEE) habe ich heute folgende Frage an das Portal FragDenStaat gesendet: "Die Bundesregierung behauptet, durch eine bis 2045 zu realisierende "Klimaneutralität" würde Deutschland die Pariser Klimaziele einhalten. Die Messungen und Berechnungen, auf denen dies beruht, stammen aus der Zeit vor dem Ukraine-Krieg. Die durch diesen Krieg verursachten zusätzlichen Emissionen von Treibhausgasen sind in jenen Berechnungen daher nicht berücksichtigt. Wird die Bundesregierung aufgrund des Krieges eine Neubestimmung des Pfades zur Einhaltung der Pariser Beschlüsse vornehmen oder hält sie die kriegsbedingten zusätzlichen Emissionen für geringfügig, so dass eine Neubestimmung des Pfades zur Einhaltung der Pariser Beschlüsse nicht nötig ist?"
Viele Grüße, Christfried

.) Protest gegen Kampfdrohnen : <https://www.jungewelt.de/artikel/427398.protest-gegen-kampfdrohnen.html> - Demonstration gegen den Einsatz von Drohnen in Ramstein-Miesenbach.

Laut der Gesellschaft Kultur des Friedens forderten am Sonnabend 150 Protestierende vor der Africom-Zentrale die Schließung der US-Militärbasen und kritisierten die Beschaffung bewaffneter Drohnen:

Am Samstag fand anlässlich des Katholikentages eine Protestaktion der Gesellschaft Kultur des Friedens (GKF) und von Pax Christi Rottenburg-Stuttgart vor der US-Kommandozentrale Africom in Möhringen statt. Der Journalist Franz Alt forderte vor den mehr als 150 Teilnehmern die Schließung von Africom und Eucom und eine

Umwandlung des gesamten Areals in Sozialwohnungen, Solarparks und Kultureinrichtungen. Odilo Metzler von Pax Christi warnte davor, dass die von der Bundesregierung beschlossene Beschaffung von Kampfdrohnen den Einstieg in eine neue Kriegführung mit autonomen Waffen schaffe. Das risikolose Töten mit Drohnen sei ethisch genauso abzulehnen wie Hinrichtungen, nämlich als Terror, so Metzler. Er forderte ein Ende der Komplizenschaft Deutschlands mit Drohnenmorden, die vom Africom ausgehen und rief die US-Soldat:innen auf, den Terror vom Himmel z. B. in Somalia zu beenden und Menschenleben und ihre eigene Menschlichkeit und Würde zu schützen.

Heike Hänsel, kritisierte für die GKF die auf dem Katholikentag dominierenden Forderungen nach weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine: »Statt den Krieg mit immer mehr Waffen zu verlängern, müssen endlich mit aller Kraft unter UN-Vermittlung ein sofortiger Waffenstillstand und politische Verhandlungen durch die Bundesregierung unterstützt werden, so wie bereits von Italien vorgeschlagen.« Hänsel kritisierte auch die Rolle des US-Eucom als Dreh- und Angelpunkt für Waffenlieferungen in die Ukraine. Es gelte »den Frieden zu gewinnen und nicht den Krieg«, wie der kürzlich verstorbene GKF-Vorsitzende Henning Zierock auf zahlreichen Kundgebungen gefordert hatte.

Das Bündnis »Zusammenstehen« forderte am Sonnabend, Zensur und Schikane gegen politische Gefangene zu beenden:

Seit Donnerstag, den 26. Mai, befinden sich (...) Gefangene der JVA Heimsheim in einem befristeten Solidaritätshungerstreik. Die Gefangenen (...) fordern die Rücknahme der Zensur kurdischer Fernsehsender in der JVA Stammheim. (...) Die Zensur von Medien hat eine lange Geschichte in deutschen Knästen, wenn es darum geht, politische Gefangene zu schikanieren und zu isolieren. Durch sie sollen unsere Gefangenen von politischen Debatten, Diskussionen, Einschätzungen zu aktuellen Ereignissen usw. ferngehalten werden, mit dem Ziel, sie im Knast weiter politisch zu isolieren und in letzter Konsequenz zu brechen. Um zwei Beispiele zu nennen: Immer wieder werden Briefe aufgehalten oder nur teilweise ausgehändigt. (...) Nicht von ungefähr kommt diese Verschärfung der Haftbedingungen zu einem Zeitpunkt, an dem die Türkei einen erneuten Angriffskrieg auf die befreite Gesellschaft in Rojava plant und dafür ihre Zusage zu den NATO-Beitritten von Schweden und Finnland benutzt. Die BRD macht sich hier nur ein weiteres Mal zur Handlangerin Erdogans, indem sie gegen die kurdische Freiheitsbewegung in Deutschland und internationalistische Aktivist:innen mit Repression und Verboten vorgeht.

.) US-Militär will bis 2027 neue Kernkraft-Systeme im Weltraum haben :

<https://winfuture.de/news,129922.html> - Die USA zeigen immer größeres Interesse daran, Kernenergie im Erdorbit zu nutzen. Jetzt hat das US-Militär bekannt gegeben,

das man bis spätestens 2027 verschiedene Systeme für nukleare Antriebe und Kraftwerke in die Umlaufbahn um unseren Planeten schicken will. Immer mehr Aktivitäten mit nuklearen Ideen Die sogenannte Defense Innovation Unit (DIU) ist eine Abteilung des US-Verteidigungsministeriums, die das Ziel hat, aufkommende Technologien schnell für die Streitkräfte nutzbar zu machen. Beobachter bezeichnen die Abteilung, die 2015 gegründet wurde, als "Experiment des Pentagons", das zum Ziel hat, Innovationskraft in einer Einheit zu fokussieren. Jetzt hat die DIU bekannt gegeben, dass man zwei Verträge für die Entwicklung von Prototypen vergeben hat. Das Ziel: "Die nächste Generation nuklearer Antriebs- und Energieversorgungsmöglichkeiten für Raumfahrzeuge zu demonstrieren." Der Planet routiert durch das Weltall mit einer rießigen Müllhalde.

.) Autorin über Kriegs-Retraumatisierung: <https://taz.de/Autorin-ueber-Kriegs-Retraumatisierung/!5855070/> „Eine emotionale Erschütterung“, „Plötzlich kommt Verdrängtes aus Weltkriegszeiten wieder zum Vorschein: Hilke Lorenz erkundet Effekte des Ukraine-Kriegs. *Text unter dem Link.*

.) EU Ausschüsse zu Taxonomie – Expertenanhörung:

https://multimedia.europarl.europa.eu/de/webstreaming/econ-envi_20220530-1545-COMMITTEE-ECON-ENVI - Zusammenfassung:

Die Experten seien zu negativ gegenüber der Atomenergie eingestimmt. Aus EU-Osteuropa und Frankreich wurde gesagt: Deutschland würde ideologisch am Atomausstieg festhalten und die Atomenergie nicht verlängern wollen über den 31.12.2022 hinaus. Die Zeiten hätten sich geändert. Hohe Energiekosten.

Klimaschutz zu 1,5 Grad könnte nur mit Atomenergie gelingen. Bis 2050 werden diese wohl kaum gebaut sein. Stattdessen würde Deutschland die Kohlekraftwerke länger laufen lassen. Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll sei nur 1 % vom gesamten Atommüll und man hätte einen Plan zur Endlagerung. Damit wäre das Atommüllproblem gelöst. (Ironisches Gelächter von mir, hat niemand gehört) Schwach- und mittelaktiver Atommüll wurde gar nicht erwähnt und die Diskussion über Freimessung und ihre Grenzwerte bei uns findet im Ausland sowieso nicht statt. Ausbau von kleinen AKW sei notwendig. Viele im Ausschuss kritisierten auch das die EU-Kommission, die Taxonomie ohne jede Rücksprache mit dem EU Parlament durchgeführt hätten.

Es ging auch um Erdgas, was als Übergang zu Erneuerbaren Energien wegen dem Russlandkrieg gegen die Ukraine so nicht mehr gehen wird.

.) USA liefern moderne Raketensysteme,,Biden hat angekündigt, die USA künftig

mit Mehrfachraketenwerfern auszustatten: <https://www.deutschlandfunk.de/usa-liefern-moderne-raketensysteme-an-die-ukraine-110.html> -

Die USA wollen die ukrainischen Streitkräfte mit Mehrfachraketenwerfern ausstatten. Ein hochrangiger Regierungsvertreter sagte am Dienstagabend (Ortszeit), dass die Ukraine das System Himars mit Munition mit einer Reichweite von 80 Kilometern erhalten soll. US-Präsident Biden hatte noch am Montag die Lieferung von Mehrfachraketenwerfern an die Ukraine ausgeschlossen, die Ziele in Russland erreichen könnten.

Am Dienstagabend kündigte er allerdings in einem [Meinungsbeitrag für die New York Times](#) an, der Ukraine „fortschrittlichere Raketensysteme“ zu liefern. Diese würden es „ermöglichen, wichtige Ziele auf dem Schlachtfeld in der Ukraine präziser zu treffen“, schrieb Biden. Er betonte allerdings: „Wir ermutigen oder ermöglichen der Ukraine nicht, jenseits ihrer Grenzen zuzuschlagen“.

Das auf Fahrzeugen montierte System Himars kann Raketen mit mehreren hundert Kilometern Reichweite abfeuern. Wie der Regierungsvertreter betonte, wollen die USA jedoch keine Munition mit solch großer Reichweite liefern. „Diese Systeme werden von den Ukrainern eingesetzt, um russische Vorstöße auf ukrainisches Gebiet abzuwehren, aber sie werden nicht gegen Russland eingesetzt“, sagte der Beamte.

Gouverneur: Sjewjerodonezk zum größten Teil in russischer Hand

Die russischen Angriffstruppen haben den größten Teil der [ostukrainischen Stadt Sjewjerodonezk](#) unter ihre Kontrolle gebracht. Dies teilte der Gouverneur der Region Luhansk, Serhij Hajdaj, über einen Messaging-Dienst am Dienstagabend mit. Ukrainische Truppen lieferten sich weiter erbitterte Straßenkämpfe mit den russischen Truppen, die Stadt habe sich noch nicht ergeben.

Sjewjerodonezk ist von strategisch großer Bedeutung und damit ein Hauptziel der russischen Offensive im Industriegebiet Donbass, zu dem Luhansk und die Nachbarregion Donezk gehören. Unablässig wird die Gegend nach ukrainischen Angaben von russischen Truppen beschossen.

Regionalgouverneur Hajdaj erklärte zuvor, dass bei einem russischen Luftangriff auf Sjewjerodonezk in einer Chemiefabrik am Dienstag ein Tank mit Salpetersäure leckgeschlagen sei. Dabei seien giftige Dämpfe ausgetreten. Hajdaj forderte Anwohner auf, ihre Wohnungen nicht zu verlassen, Gasmasken zu tragen oder sich mit Sodalösung getränkten Stoffmasken zu behelfen.

Baerbock: Müssen bei Unterstützung der Ukraine langen Atem haben

Außenministerin Annalena Baerbock fordert, die [Unterstützung der Ukraine](#) an die neue Kriegsstrategie des russischen Präsidenten Wladimir Putin anzupassen. Putin habe angenommen, „er könnte schnell brutal in die Ukraine einmarschieren und dann das Land niedermachen“, sagte die Grünen-Politikerin am Dienstag in der ARD-Sendung „Brennpunkt“. „Jetzt sieht er, dass das nicht funktioniert. Und seine Strategie ist jetzt

auf Langfristigkeit angelegt.“ Das bedeute: „Wir müssen auch die Ukraine so unterstützen, dass wir einen langen Atem haben.“

Das heiße: „Weiter Waffenlieferungen, die wir bisher geleistet haben.“ Sie verwies auf den sogenannten Ringtausch, bei denen Deutschland andere Nato-Partner mit Waffen unterstützt, damit diese wiederum Waffen sowjetischer Bauart an die Ukraine liefern können. Ihr ukrainischer Amtskollege habe aber deutlich gemacht: „Für das Furchtbare, was jetzt im Donbass geschieht, brauchen sie vor allen Dingen Unterstützung um das, was aus der Luft kommt, abwehren zu können – das bedeutet Artillerie, das bedeutet Luftabwehr, und das bedeutet Drohnen.“

Region Cherson von jeder Kommunikation abgeschnitten

Die von Russland besetzte Region Cherson im Süden der Ukraine ist von allen Kommunikationskanälen abgeschnitten worden. Das teilt die ukrainische Behörde für Kommunikation und Datenschutz mit. „Die Bewohner der Region sind derzeit ohne ukrainischen Mobilfunk- und Internetzugang sowie ohne die Möglichkeit, über Festnetztelefone nationale und internationale Anrufe zu tätigen“, erklärt die Behörde.

Ukrainische Streitkräfte melden Erfolge nahe Cherson

Die ukrainischen Streitkräfte hätten [einige Erfolge nahe der Stadt Cherson](#) im Süden des Landes erzielt und sie würden in Teilen der Region Charkiw östlich von Kiew vorstoßen, sagt Präsident Wolodimir Selenski. „Unsere Verteidiger zeigen äußersten Mut und bleiben Herr der Lage an der Front, obwohl die russische Armee erheblich im Vorteil bei Ausrüstung und Anzahl der Soldaten ist“, sagt er in einer Ansprache.

Dänische Volksabstimmung über EU-Verteidigungsvorbehalt begonnen

In [Dänemark](#) hat am Mittwochmorgen eine Volksabstimmung über eine Teilnahme an der Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit der EU begonnen. Knapp 4,3 Millionen stimmberechtigte Däninnen und Dänen sollen dabei vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine entscheiden, ob sie den sogenannten EU-Verteidigungsvorbehalt ihres Landes abschaffen wollen.

Diese EU-Sonderregelung besteht ebenso wie drei weitere seit 1993. Sie bedeutet, dass sich Dänemark zwar an zivilen, nicht aber an militärischen EU-Missionen und auch nicht an der gemeinsamen Entwicklung etwa von Waffensystemen beteiligen kann.

Die Abstimmungslokale sind am Mittwoch noch bis 20 Uhr geöffnet. Fernsehsender wollten im Anschluss erste Prognosen veröffentlichen. Mit einem vorläufigen Ergebnis wird am späten Abend gerechnet.

Unicef: Fünf Millionen Kinder aus Ukraine brauchen humanitäre Hilfe

Mehr als fünf Millionen Kinder aus der Ukraine sind nach Angaben des Kinderhilfswerks Unicef wegen des Krieges in ihrem Heimatland auf humanitäre Hilfe angewiesen. In der Ukraine selbst bräuchten nach dem russischen Angriff etwa drei Millionen Kinder Unterstützung, teilte die UN-Organisation am Mittwoch in New

York mit. Hinzu kämen etwa 2,2 Millionen Kinder, die inzwischen in andere Länder geflohen seien. Unicef zufolge wurden seit Beginn des Kriegs am 24. Februar mindestens 262 Kinder getötet. Hunderte Schulen seien beschädigt.

Deutsche Gas-Importeure: Russische Gaslieferungen „sanktionskonform“ abgerechnet

Um die Bezahlung der [russischen Gaslieferungen](#) tobt in der EU eine Kontroverse – die deutschen Energiekonzerne RWE und Uniper haben nun erklärt, ihre im Mai fälligen Rechnungen für russisches Gas „sanktionskonform“ bezahlt zu haben. Eine RWE-Sprecherin bestätigte der Rheinischen Post (Mittwochsausgabe), dass das Unternehmen den Betrag in Euro auf ein Konto bei der Gazprom-Bank überwiesen habe.

Auch ein Uniper-Sprecher sagte der Rheinischen Post: „Wie andere deutsche und europäische Unternehmen zuvor hat Uniper den Zahlungsweg für Gaslieferungen aus Russland umgestellt. Uniper zahlt in Euro im Einklang mit dem neuen Zahlungsmechanismus. Die erste dieser Zahlungen erfolgte Ende Mai.“

Die Konzerne wollen damit die russischen Forderungen erfüllen, ohne die westlichen Sanktionen zu brechen. „Uniper handelt auf diese Weise sanktionskonform und kann weiterhin eine fristgerechte Vertragserfüllung gewährleisten. Das Vorgehen war im Vorfeld mit der Bundesregierung abgestimmt worden und folgt den entsprechenden EU-Leitlinien.“ Uniper ist der größte deutsche Importeur von Gas aus Russland.

Die USA wollen die ukrainischen Streitkräfte mit Mehrfachraketenwerfern ausstatten. Ein hochrangiger Regierungsvertreter sagte am Dienstagabend (Ortszeit), dass die Ukraine das System Himars mit Munition mit einer Reichweite von 80 Kilometern erhalten soll. US-Präsident Biden hatte noch am Montag die Lieferung von Mehrfachraketenwerfern an die Ukraine ausgeschlossen, die Ziele in Russland erreichen könnten.

Am Dienstagabend kündigte er allerdings in einem [Meinungsbeitrag für die New York Times](#) an, der Ukraine „fortschrittlichere Raketensysteme“ zu liefern. Diese würden es „ermöglichen, wichtige Ziele auf dem Schlachtfeld in der Ukraine präziser zu treffen“, schrieb Biden. Er betonte allerdings: „Wir ermutigen oder ermöglichen der Ukraine nicht, jenseits ihrer Grenzen zuzuschlagen“.

Das auf Fahrzeugen montierte System Himars kann Raketen mit mehreren hundert Kilometern Reichweite abfeuern. Wie der Regierungsvertreter betonte, wollen die USA jedoch keine Munition mit solch großer Reichweite liefern. „Diese Systeme werden von den Ukrainern eingesetzt, um russische Vorstöße auf ukrainisches Gebiet abzuwehren, aber sie werden nicht gegen Russland eingesetzt“, sagte der Beamte.

.) »Alle sind vor demselben Krieg geflohen« :

<https://www.jungewelt.de/artikel/427525.asy|politik-alle-sind-vor-demselben-krieg-geflohen.html> -

Vor Innenministerkonferenz: Kritik an Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden aus der Ukraine. Ein Gespräch mit Nora Brezger -Interview: Fabian Linder - Nora Brezger ist Mitarbeiterin des Berliner Flüchtlingsrats

Anlässlich der an diesem Mittwoch beginnenden [Innenministerkonferenz](#) haben Sie eine Ungleichbehandlung von Geflüchteten aus der Ukraine kritisiert. Woran machen Sie diese fest?

Wir sprechen in Berlin mit vielen Menschen, die aus der Ukraine kommen, aber keine ukrainischen Pässe haben – also mit Personen aus anderen Ländern oder sogenannten Staatenlosen, meist Angehörige der Romnja- und Roma-Minderheit. Die Ungleichbehandlung beginnt nicht erst in Berlin, sondern bei der Ausreise aus der Ukraine. Uns wird berichtet, dass es an der polnischen Grenze zwei verschiedene Schlangen gab: eine für Ukrainer und eine für alle anderen. Auch in Polen und an der polnisch-deutschen Grenze bekamen diese Menschen Probleme, etwa durch Racial Profiling. Sie hatten zwar keine ukrainischen Pässe, aber ukrainische Aufenthaltstitel. Für sie gilt hinsichtlich Reisefreiheit erst einmal dasselbe wie für alle Ukrainer. Bei der Ankunft in Berlin gibt es andere Formen der Ungleichbehandlung. Ein Beispiel: Personen bieten Schutzsuchenden ihren privaten Wohnraum an, sagen aber zugleich, sie wollten keine afrikanischen Geflüchteten aus der Ukraine mit zu sich nach Hause nehmen.

Was hat das Treffen der Innenminister von Bund und Ländern mit dieser Situation zu tun?

Es war das Bundesinnenministerium, das die Ungleichbehandlung durch ein Rundschreiben zementiert hat. Demnach sollten ukrainische Menschen, Familienangehörige von Ukrainern und Menschen mit internationalem Schutzstatus nach Paragraph 24 des Aufenthaltsgesetzes behandelt werden. Menschen jedoch, die nur einen temporären Aufenthaltstitel in der Ukraine hatten, sollen diesen in Deutschland nur bekommen, wenn sie nachweisen, dass sie in ihr Herkunftsland nicht sicher zurückkehren können.

Problematisch ist, dass diese Begriffe von den Ausländerbehörden interpretiert werden können. Darüber hinaus hält Deutschland ziemlich viele Länder für »sicher«, obwohl sie das nicht sind. Zudem wird zumeist nicht beachtet, dass die Betroffenen ihren Lebensmittelpunkt in der Ukraine hatten. Es wird nur nach ihrem Herkunftsland geschaut. Das ist ein falscher Ansatz. Selbst in der EU-Richtlinie, die Voraussetzung für den Paragraph 24 ist, steht, dass auch Menschen ohne ukrainischen Pass Anspruch auf einen Aufenthaltstitel haben, solange enge Verbindungen in die Ukraine bestehen. Das wird in Deutschland allerdings nicht geprüft, sondern nur, ob das Herkunftsland sicher ist oder nicht.

Sie werfen den Behörden vor, Drittstaatenangehörige und Staatenlose unter Druck zu setzen, damit diese ausreisen. Wie erklären Sie sich dieses Vorgehen?

Das lässt sich mit strukturellem Rassismus erklären. Bis zum 31. August ist laut

Übergangsverordnung die freie Einreise und der Aufenthalt für alle erlaubt, die bis zum 24. Februar in der Ukraine gelebt haben. Einige Ausländerbehörden versuchten jedoch, Migranten in das Asylverfahren zu drängen oder ohne deren Wissen und Willen solche einzuleiten. So etwa in Berlin bei drei afrikanischen Menschen mit Daueraufenthalt, denen die Pässe entzogen und bei denen Asylverfahren begonnen wurden.

Was fordern Sie konkret, um die Ungleichbehandlung zu beenden?

Zunächst muss anerkannt werden, dass alle vor demselben Krieg geflohen sind und daher auch denselben Aufenthaltstitel bekommen. Die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung und die sogenannte Massenzustromrichtlinie – die Aufenthalt, Bewegungsfreiheit und Arbeitserlaubnis regelt – zeigen, was möglich ist, wenn der politische Wille da ist. Das muss genauso für die Personen ohne ukrainischen Pass sowie für alle Geflüchteten gelten.

Es handelt sich dabei um jahrzehntelange Forderungen, deren Umsetzung jetzt möglich scheint. Für andere Communitys ist es extrem frustrierend, zu sehen, dass man selbst in Erstaufnahmелagern leben und Bleiberechtsanträge stellen muss, dass Arbeitsverbot und Bewegungseinschränkungen bestehen. Und dann heißt es auch noch, die Geflüchteten aus der Ukraine seien den hier lebenden Menschen »ähnlicher«. Daran wird deutlich: Die Ungleichbehandlung bezieht sich nicht nur auf Geflüchtete aus der Ukraine, sondern insgesamt auf alle hier Schutzsuchenden.

.) Einladung Kundgebung gegen die Aufrüstung - für Investitionen in Soziales und Frieden: Liebe Friedensaktive,

„Sagt NEIN zum 100 Mrd. € Kriegskredit: Für Investitionen in Soziales und Frieden!“

Die Partei DIE LINKE macht am kommenden Samstag, 4.6.22 um 13.00 Uhr auf dem Gänsemarkt einen Kundgebung gegen den Aufrüstungswahn und für Frieden und soziale Progression. Auch als Volksinitiative sind wir mit dabei. Näheres unter:

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/detail/news/sagt-nein-zum-kriegskredit/>.

Alle sind eingeladen zahlreich dazu zu kommen, weitere Mitstreiter*innen sowie Fahnen und Infomaterial mitzubringen. Verbreitet die Nachricht auch gerne weiter.

Und manche sieht man ja vielleicht auch schon am Donnerstag Abend zur Vorbereitung einer zentralen Aktion gegen das Aufrüstungspaket. Näheres dazu in der Mail unten. Bis dahin! Mit solidarischen Grüßen ,Vic

Liebe Friedensbewegte,

der zivilgesellschaftliche Protest aus Friedens- und Antifa-Bewegung, Kultur und wissenschaftlichen Einrichtungen gegen das 100 Milliarden Euro Aufrüstungspaket nimmt zu und entfaltet zunehmend Wirkung. Vielfältige und gut besuchte Ostermärsche und (inter-)nationale Friedenskonferenzen liegen hinter uns. An zahlreichen Orten werden Aktionen für Abrüstung statt Aufrüstung unternommen. Dagegen wird nun gesteigert undemokratisch versucht, das „Sondervermögen

Bundeswehr“ noch in dieser Woche im Bundestag durchzudrücken. Doch mit jedem Tag wachsen der Unmut über die Kriegspolitik sowie das Bewusstsein über die erforderlichen und zu erwirkenden sozialen Verbesserungen – insbesondere, wenn wir mit Aktivitäten und Aufklärung für humane Aufrichtung streiten.

Jetzt erst recht möchten wir als Friedens- und soziale Bewegungen zusammenkommen, um zu beraten, wie wir eine zivile und soziale Entwicklung statt des 100 Milliarden schweren Kriegsrüstungspaketes durchsetzen. In der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 22. Mai 2022 wurde dafür ein bundesweiter Aktionstag anlässlich der Behandlung im Bundestag vereinbart (<https://nie-wieder-krieg.org/>). Wir schlagen vor, für eine zentrale Demonstration in Berlin, in der Höhle des Löwen, am 18.06.2022, vor der nächsten Sitzungswoche im Bundestag, zusammenzukommen, aufzurufen und zu mobilisieren: „100 Milliarden für Soziales, Gesundheit, Bildung, Kultur und Klima statt für Aufrüstung!“.

Wir laden Euch ein zur gemeinsamen Beratung der Lage und Vorbereitung einer zentralen Aktion gegen das Aufrüstungspaket am Donnerstag, den 02.06.2022, um 19 Uhr, in Zoom: <https://uni-hamburg.zoom.us/j/69012603316?pwd=WWV1a1ZmYU5pcm9vZ2w0UkRQZGQ3dz09> (Meeting-ID: 690 1260 3316, Kenncode: 70738558). Einen Aufruf-Entwurf für eine zentrale Demonstration, zur gemeinsamen Diskussion, findet Ihr unter folgendem Link: <https://emulgator-cloud.de/index.php/s/saXscQYKBb6NgDK>.

Mit der zentralen Aktion wollen wir die vielen Aktivitäten der bundesweiten Friedensbewegung zusammenführen, uns und denjenigen, die im Parlament „Nein!“ zur Aufrüstung sagen, den Rücken stärken – für ein klares „Ja!“ zur Zukunft und gemeinsamen Wohlfühlentwicklung weltweit.

Denn: „Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen.“ (Albert Einstein, 1933)

Dafür, dass wir die aggressive Zuspitzung zurückweisen, die 100 Mrd. Euro Aufrüstung verhindern und stattdessen eine soziale, zivile und demokratische (Zeiten-)Wende einläuten, kommt es auf uns Alle und jede:n Einzelne:n an, mitzuwirken.

Wir freuen uns deshalb, wenn Ihr am Donnerstag dazukommt und weiteren Mitstreiter:innen Bescheid sagt. Leitet die Einladung gerne weiter!

Friedensbewegte Grüße,

Gunhild Berdal (aktiv im Bundesausschuss Friedensratschlag)

Bernd Meimberg (aktiv im Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung Schleswig-Holstein)

Thorben Peters (aktiv im Friedensbündnis Lüneburg)

Franziska Hildebrandt (aktiv bei Die LINKE)

Tobias Berking (aktiv bei SPD/DL21)

Svenja Horn (aktiv bei Bündnis 90/Die GRÜNEN, Urabstimmungsinitiative)

Lukas Hof (aktiv bei Die Linke.SDS Frankfurt am Main)
Yusuf Karaaslan (aktiv bei [Linksjugend \['solid\]](#) Hessen)
Domenica Winkler (aktiv in Hamburger Volksinitiative gegen Rüstungsexporte)
Christian Ott (aktiv bei Zivilklausel Jetzt. Universität Leipzig)

.) Wir brauchen ein Feindbild:

<https://www.rnd.de/politik/strack-zimmermann-zur-neuausrichtung-der-bundeswehr-wir-brauchen-ein-feindbild-64c33020-d0ef-4bbe-a2a2-fb92c0ab3a5b.html> – Text unter dem Link.

.) Wie sicher ist das Ende der Atomkraft ?

Bericht in der Norddeutschen Rundschau vom 1. Juni 2022

unter diesem Link:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Wie-sicher-ist-das-Ende-der-Atomkraft.pdf>

.) Stromexport und Stromimport 2022 : Frauenhofer Institut ISE

https://www.energy-charts.info/charts/import_export/chart.htm?l=de&c=DE&year=2022-

Beispiele

Deutschland nach Frankreich mit 9,4 Twh

Frankreich nach Deutschland mit 2,1 Twh

Deutschland nach Schweiz mit 3,9 Twh

Schweiz nach Deutschland mit 1,7 Twh

Aus Schweden (Wasser), Norwegen (Wasser), Dänemark (eher EE) und Polen (eher Kohle) bekommt Deutschland kleinere Mengen an Strom.

Nach Österreich, Belgien, Niederlande und Tschechien liefert Deutschland mehr Strom als Deutschland bekommt.

Vergleich Frankreich 2021 und 2022 (5 Monate)

2021 Export 34,0 TWh

2021 Import 27,8 TWh

2022 Export 10,0 TWh (5 Monate)

2022 Import 16,1 TWh (5 Monate)

Schweiz / Frankreich 2022 (5 Monate)

Frankreich nach Schweiz 7,5 TWh (5 Monate)

Schweiz nach Frankreich 1,9 TWh (5 Monate)

Der Gesamtüberblick gibt es unter <https://energy-charts.info/?l=de&c=DE> und:

<https://www.nordschleswiger.dk/de/suedschleswig/brokdorf-wie-sicher-ist-ende-atomkraft-elbe>

.) Rechtlos in Polen :

<https://www.jungewelt.de/artikel/427543.eu-grenzregime-rechtlos-in-polen.html> - Letzter Ausweg Hungerstreik: Schutzsuchende über Monate ohne Zugang zu Asylverfahren inhaftiert. Zuständige Behörden ignorant- Adäquate medizinische und psychologische Betreuung, eine unabhängige Begleitung des Asylprozesses und Unterbringung in einem offenen Aufnahmezentrum: Das sind die Forderungen der Schutzsuchenden, die seit Monaten in polnischen Internierungslagern festgehalten, abgeschottet und misshandelt werden. In Lesznowola südlich der Hauptstadt Warschau befinden sich zehn von ihnen seit 28 Tagen im Hungerstreik. Es sind politisch verfolgte Kurden aus dem Irak und der Türkei. Aktivisten berichteten junge Welt, dass sich am Montag weitere inhaftierte Asylsuchende aus anderen Zentren dem Hungerstreik angeschlossen haben.

Die Streikenden in Lesznowola haben ihre Forderungen per SMS nicht nur an Unterstützer, sondern auch direkt an die mit dem Management der Zentren befassten polnischen Grenzbeamten gerichtet. Versuche von Aktivisten, mit den Beamten in Kontakt zu treten, blieben ebenso erfolglos wie immer wieder organisierte Demonstrationen, zuletzt am Sonntag vor dem Internierungslager, der Streik und offizielle Anfragen von einigen polnischen Parlamentariern. Darunter Tomasz Anisko, Abgeordneter der Partei Die Grünen im Sejm. Er schickte vergangene Woche ein Schreiben an die Grenzbehörde, in dem er laut oko.press um die Zulassung unabhängiger Verhandlungsführer bat und anbot, dass der Streik ausgesetzt würde, sollten sie zugelassen werden. Die Mitarbeiter seines Büros riefen demnach wiederholt bei der Behörde an, um eine Antwort zu erhalten. Diese wurde zwar angekündigt, bis Freitag war jedoch keine Nachricht bei dem Abgeordneten eingegangen.

Eine polnische Psychologin und Aktivistin, die sporadisch Kontakt zu Internierten hat, berichtete jW von den menschenrechtswidrigen Zuständen in dem Lager in Lesznowola. So wurde unter anderem der Internetzugang der Inhaftierten radikal beschränkt. Ihnen ist der Zugang zu sozialen Netzwerken verwehrt, und auf ihr E-Mail-Postfach haben sie nur eine halbe Stunde pro Tag Zugriff. Bei ihrer Ankunft müssen sich die Schutzsuchenden Leibesvisitationen unterziehen, private Lebensmittel werden vom Wachpersonal in den Müll geworfen.

Über 2.000 Menschen, darunter auch Hunderte Frauen und Kinder, befinden sich derzeit nach jW-Informationen in Polen in Internierungshaft. Offiziell werden die Gefängnisse als »bewachte Zentren für Ausländer« bezeichnet. Dieser Euphemismus verdeckt die systematischen Rechtsbrüche und Menschenrechtsverletzungen durch die polnischen Beamten hinter den Mauern und Zäunen. Nach ihrer Flucht vor Krieg und Verfolgung stehen den Gefangenen nur zwei Quadratmeter pro Person zu. Das

ist nur halb soviel, wie es eine EU-Richtlinie für verurteilte Strafgefangene verlangt. Die gefangenen Schutzsuchenden sind aber keine verurteilten Verbrecher, sondern Menschen, die ihr Recht auf Stellung eines Asylantrags in der EU wahrnehmen möchten. Neben der Missachtung der räumlichen Mindeststandards werden die inhaftierten Schutzsuchenden in den Zentren entgegen EU-rechtlichen Vorgaben nicht über ihre Rechte oder das Asylverfahren aufgeklärt.

Die Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen in den polnischen Internierungslagern liegt jedoch nicht allein bei der Regierung in Warschau und den polnischen Grenzbeamten. Sie sind Auswüchse der EU-Abschottungspolitik. Wie die brutalen, illegalen Rückführungen (sogenannte Pushbacks) an den EU-Außengrenzen und deren Militarisierung gehört auch die physische und psychische Zermürbung der Schutzsuchenden und die Verhinderung fairer Asylprozesse zur rassistischen EU-Migrationspolitik. Die BRD ist dabei aktiv an der Inhaftierung von Schutzsuchenden in Polen beteiligt. Deutsche Polizisten streifen durch polnische Wälder, um Geflüchtete am Grenzübertritt nach Deutschland zu hindern. Seit 2015 ermächtigt ein bilaterales Abkommen deutsche Polizei-, Grenz- und Zollbehörden zu operativen Maßnahmen im polnischen Hoheitsgebiet. Dort haben deutsche Beamte das Recht, Maßnahmen zur Feststellung der Identität einzuleiten und Personen vorläufig festzunehmen, um sie dann an polnische Beamte zu übergeben.

.) Laufzeitverlängerung von belgischen AKW: Betreiber Engie fordert, dass der Staat mit investiert :

<https://www.vrt.be/vrtnws/de/2022/06/02/laufzeitverlaengerung-von-akw-betreiber-engie-fordert-dass-der/> -

Der Energiekonzern Engie, der die belgischen Kernkraftwerke Tihange und Doel betreibt, fordert von der Bundesregierung, dass sich diese an den Kosten für die Laufzeitverlängerung der beiden jüngsten Meiler und für die Lagerung des Strahlenabfalls beteiligt.

.) Umfrage in Deutschland - Erstmals Mehrheit für Atomwaffen-Verbleib :

<https://www.tagesschau.de/investigativ/panorama/umfrage-atomwaffen-deutschland-101.html> - Angesichts des Krieges, den Russland gegen die Ukraine führt, ändert sich in Deutschland die Haltung zu den US-Atomwaffen: In einer Umfrage für das Magazin *Panorama* spricht sich nun eine Mehrheit für deren Verbleib aus.

Eine Mehrheit von 52 Prozent der Deutschen spricht sich für den Verbleib von US-amerikanischen Atomwaffen in Deutschland aus. Das hat eine repräsentative infratest-dimap-Umfrage im Auftrag des ARD-Politikmagazins *Panorama* ergeben. 40 Prozent der Befragten sagen demnach, die Atomwaffen sollten unverändert

stationiert bleiben, zwölf Prozent befürworteten sogar eine Modernisierung und Aufstockung. Nur 39 Prozent votieren noch für einen Abzug.

Damit hat sich seit dem Krieg in der Ukraine auch die Haltung der Deutschen zu Atomwaffen verändert. In den vergangenen Jahren hatte es in vergleichbaren Umfragen oft sehr deutliche Mehrheiten für einen Abzug der US-Atomwaffen gegeben. Noch Mitte 2021 waren etwa laut einer Studie der Münchener Sicherheitskonferenz nur 14 Prozent der Befragten für Atomwaffen in Deutschland, eine Mehrheit von 57 Prozent wollte deren Abzug.

Atombomben lagern in Rheinland-Pfalz

Derzeit lagern Schätzungen zufolge 20 US-Atombomben im Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz, dies im Rahmen des Konzepts der "Nuklearen Teilhabe" innerhalb der NATO. Im Ernstfall tragen deutsche Kampffjets die US-Bomben ins Ziel. Noch im Koalitionsvertrag hatten die Ampel-Parteien als Ziel "Deutschland frei von Atomwaffen" formuliert.

Nach der russischen Invasion in der Ukraine gab die Bundesregierung jedoch bekannt, die in Büchel stationierte überalterte Tornado-Flotte durch moderne Flugzeuge des Typs F-35 von Lockheed Martin ersetzen und damit Deutschlands Rolle in Hinblick auf die nukleare Abschreckungspolitik der NATO stärken zu wollen.

Großer Rückhalt bei Grünen-Anhängern

Besonders groß ist in der aktuellen Umfrage im Auftrag von *Panorama* die Zustimmung zu US-Atomwaffen bei den Anhängerinnen und Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen: 64 Prozent sprechen sich für den Erhalt oder sogar die Aufstockung der US-Atombomben in Deutschland aus. Knapp dahinter folgen die Anhängerinnen und Anhänger von CDU/CSU sowie der FDP mit 61 Prozent. Nur bei der AfD votiert eine Mehrheit von 56 Prozent für den Abzug der Waffen.

Unterschiedlich wird die Frage in West- und Ostdeutschland gesehen: Während im Westen 56 Prozent der Befragten für eine weitere Stationierung oder die Aufstockung sind, sind es im Osten nur 38 Prozent. 54 Prozent befürworten dort hingegen einen Abzug der US-Atomwaffen.

Weber: Über nukleare Option reden

Nun werden in der Politik auch Stimmen laut, sich über eigene Atomwaffen innerhalb der EU Gedanken zu machen. Hintergrund sind die nuklearen Drohungen Putins, vor allem aber auch die Sorge, dass ein künftiger US-Präsident erneut die NATO-Mitgliedschaft und damit die Sicherheitsgarantien auch für Deutschland infrage stellen würde - so es wie Donald Trump getan hat.

Der neu gewählte Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP), der CSU-Politiker Manfred Weber, sagte im *Panorama*-Interview: "Die heutige Europäische Union ist, das muss man mal ganz brutal sagen, nackt in einer Welt von Stürmen. Wir können uns als Europäer heute sowohl konventionell als auch nuklear nicht selbst verteidigen ohne die Partner von außen. Und das heißt, wir müssen jetzt auch über

die nukleare Option reden."

Auch der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, fordert eine weitere Stärkung der europäischen Sicherheit: "In Hinblick auf den nuklearen Schutzschirm müssen wir mit Frankreich ins Gespräch kommen und über eine Ausweitung des französischen Atomprogramms diskutieren", so Heusgen im *Panorama*-Interview. Frankreich ist das einzige Land in der EU, das über Nuklearwaffen verfügt.

Deutschland selbst hat sich vertraglich verpflichtet, keine Atomwaffen zu besitzen. Die Umfrage im Auftrag von Panorama zeigt, dass eine deutliche Mehrheit von 71 Prozent der Befragten weiterhin der Meinung ist, Deutschland solle auch im EU-Rahmen keinen Zugriff auf eigene Atomwaffen bekommen. Immerhin 20 Prozent befürworten dies hingegen. Die repräsentative Befragung von infratest dimap fand vom 30. Mai bis 01. Juni unter 1.337 Wahlberechtigten in Deutschland statt.

.) Wie Hamburg der Ukraine hilft : <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/100-Tage-Krieg-Wie-Hamburg-der-Ukraine-hilft,ukraine2904.html> - Rund 25.000

Menschen aus der Ukraine haben bisher in Hamburg Schutz gesucht. Aber nicht nur in Hamburg wird den Ukrainerinnen und Ukrainern geholfen, Hamburg hilft auch in der Ukraine. Vier große Hilfslieferungen hat Hamburg bisher für die Ukraine organisiert: Material für Krankenhäuser, aber auch Atemschutzmasken, Schutzwesten und Helme. Die Hamburger Feuerwehr schickte zwei Gerätewagen mit medizinischen Behandlungsplätzen sowie Medikamente und Verbandsmaterial. Auch 4 große Schnellbauzelte und 50 Krankentragen waren dabei.

.) NGO hilft Demonstrierenden in Russland: <https://taz.de/NGO-hilft-Demonstrierenden-in-Russland/!5855333/> Wider die staatliche Übermacht, Warwara Michailowa arbeitet für eine russische NGO, die kostenlose Rechtshilfe leistet. Seit ihrer Flucht hilft sie Demonstrierenden aus der Ferne.

Die 30-Jährige arbeitet für die russische NGO „Apologia protesta“. Die Organisation besteht aus Juristen in ganz Russland, die in Fällen von Menschenrechtsverletzungen kostenlose Rechtshilfe leisten. Die NGO verteidigt in Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren, unterstützt bei Festnahmen und geht wenn nötig auch bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Warwara Michailowa betreut unter anderem die Hotline der NGO. Hier können sich Demonstrierende melden, die Unterstützung brauchen. „Es ist das Einzige, was mich davor bewahrt, verrückt zu werden“, sagt sie über ihre Arbeit. Warwara Michailowa verteidigt Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einem Land, in dem bis zu 15 Jahre Haftstrafe darauf stehen, den Krieg gegen die Ukraine als solchen zu benennen. Es ist eine Arbeit, die sie selbst in Gefahr bringt.

.) Sondervermögen für Bundeswehr: Im militärischen Kaufrausch:

<https://taz.de/Sondervermoegen-fuer-Bundeswehr/!5855322/> -

Die Bundeswehr soll mit zusätzlich 100 Milliarden Euro aufgestockt werden.

Kritiker*innen sehen das geplante Sondervermögen als maßlos.

Es ist ein letztes, vergebliches Aufbäumen. Mit einer Kundgebung auf dem Platz der Republik vor dem Reichstagsgebäude will die Linkspartei am Freitagvormittag gegen die geplante Aufrüstung der Bundeswehr protestieren. Nützen wird es nichts mehr, die große Koalition für massive zusätzliche Militärausgaben steht. Die Einkaufsliste ist bereits geschrieben. Nur wenige Stunden nach der Linken-Prottestaktion dürfte der Bundestag per Grundgesetzänderung die Regierung ermächtigen, dafür ein „Sondervermögen“ in Höhe von 100 Milliarden Euro einzurichten.

Dabei ist der Begriff „Sondervermögen“ missverständlich. Tatsächlich geht es um die Aufnahme von außerordentlichen Krediten, die von der Schuldenbremse des Grundgesetzes ausgenommen werden. Schulden, die zurückgezahlt werden müssen, bleiben es trotzdem. Dienen soll das Geld zur „Finanzierung bedeutsamer Ausrüstungsvorhaben der Bundeswehr, insbesondere komplexer überjähriger Maßnahmen“, heißt es in dem [Gesetzentwurf](#), auf den sich SPD, Grüne und FDP mit der Union in zähen Verhandlungen verständigt haben.

Das „Sondervermögen“ ergänzt den in diesem Jahr ohnehin um 3,5 Milliarden auf rund 50,4 Milliarden Euro aufgestockten Verteidigungsetat. Dadurch werde „im mehrjährigen Durchschnitt von maximal fünf Jahren zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf Basis der aktuellen Regierungsprognose für Verteidigungsausgaben nach Nato-Kriterien bereitgestellt“.

Finanziert werden sollen von dem „Sondervermögen“ eine ganze Reihe von Rüstungsprojekten, die schon seit Langem auf der Wunschliste des deutschen Militärs stehen. Einiges davon kann direkt bestellt werden, anderes befindet sich erst noch in der Entwicklung. Die meisten größeren Anschaffungen werden erst in ein paar Jahren einsatzfähig sein, manches erst in den kommenden Jahrzehnten. Die Projektliste ist eine vorläufige, sie soll jährlich fortgeschrieben werden.

Hauptposten des Wirtschaftsplans, den das Finanzministerium am Mittwoch dem Haushaltsausschuss des Bundestags geschickt hat, ist dabei die „Dimension Luft“, für die insgesamt 40,9 Milliarden Euro bereitgestellt werden sollen. Konkret geht es dabei beispielsweise um den bereits angekündigten Kauf von F-35-Kampffjets des US-amerikanischen Rüstungskonzerns Lockheed Martin, die auch Atombomben abwerfen können. In den USA bestellt werden auch die neuen schweren Transporthubschrauber Modell CH-47 „Chinook“ und Seefernaufklärer vom Typ P-8 Poseidon, jeweils von Boeing. Der europäische Konkurrent Airbus kommt dafür bei Entwicklung und Kauf eines neuen Eurofighter-Modells für elektronische Kriegsführung zum Zuge.

.) Glasbruch beim Kriegsprofiteur Thyssen-Krupp :

Info auf <https://de.indymedia.org/node/194731> – (Text aus dem Bekennerbrief.) :

„Wenn am Freitag, 3. Juni 2022, aller Voraussicht nach ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr beschlossen wird, dann können wir dem nicht tatenlos zusehen.

Deshalb haben wir in der Nacht vom 1. auf den 2. Juni beim Kriegsprofiteur Thyssen-Krupp in der Stahlwiete in Hamburg-Altona für ordentlich Glasbruch gesorgt.

Wenn deutsche Politiker*innen behaupten, diese gigantische Summe sei notwendig, um zum Beispiel den Krieg in der Ukraine zu bekommen, Wir könnten kotzen! Denn es handelt sich hier um ein Aufrüsten, welches ein Wettrüsten im Kontext geostrategischer Interessen bedeutet. Profitieren werden letztlich Kriegstreiber und Rüstungskonzerne. Menschen werden durch Krieg weiterhin zur Flucht gezwungen und nur denjenigen wird Asyl gegeben, die den rassistischen Kriterien entsprechen.

Wie heuchlerisch die Außenpolitik Deutschlands ist, offenbart sich zudem gegenüber dem Autokraten Erdogan, der seit Jahren die EU und NATO im Kampf gegen die demokratische Selbstverwaltung in Kurdistan vor sich hertreibt. So kann er aktuell eine neue militärische Großoffensive gegen progressive kurdische Strukturen in aller Öffentlichkeit ankündigen – die politische Öffentlichkeit interessiert dies nicht.

Nein zu Kriegstreiberei und Rüstungskonzernen – markieren, blockieren, sabotieren! Solidarität mit allen Menschen, die sich auf der Flucht befinden!“

.) Frankreich kann kaum noch Strom liefern: <https://www.heise.de/tp/features/Kaelte-Frankreich-wieder-einmal-am-Rand-des-Strom-Blackouts-5020207.html>

- Ein "unerwartetes Problem, mit dem niemand gerechnet hat".

[naja, "niemand" würde ich jetzt nicht behaupten. Da gibt es schon ein paar Leute, die seit langem darauf hinweisen ...es hat nur niemand wissen wollen.]

!! Frankreich fällt ab sofort als einer der wichtigsten Stromlieferanten für Deutschland und Europa aus ...

Russland und Frankreich fallen also als Stromlieferanten - wohl für die nächsten Jahre – aus.

Was das bedeutet?

Worst Case!

!!! Blackout in Europa mit Ansage:

Frankreich kann kaum noch Strom liefern

? " Von 56 Reaktoren in Frankreich stehen 29 still. Es gibt ein doppeltes Problem: Der Meilerpark des Staatskonzerns EDF ist in die Jahre gekommen. Viele Reaktoren sind wegen Regelwartungen abgeschaltet. Doch nun müssen ausgerechnet 12 der jüngeren Baureihe zusätzlich vom Netz. (...) ? Anteil des Atomstroms ungeplant auf

Tiefpunkt!

Statt rund 70% lieferten Frankreichs Atomkraftwerke **im April nur 37% des Strombedarfs** -

so wenig wie noch nie! (...) ? Europas größter Atomstromanbieter Electricité de France schätzt die **Mindereinnahmen** des Konzerns für das Jahr **2022 derzeit auf 18,5 Milliarden Euro**. Schon jetzt ist absehbar, dass im Winter Strom-Engpässe drohen. (...) ? Doch eine schnelle Lösung der technischen Probleme ist nicht in Sicht. Denn **es fehlt an Fachkräften**. "Ganz grundsätzlich schätzt EDF, dass es bis 2026 einen **sechsfach gesteigerten Bedarf an Fachpersonal** geben wird. (...)

? Russland war bisher wichtigster Kunde

Zu all diesen Problemen kommt jetzt auch noch der Krieg in der Ukraine.

Russland war bis dato der wichtigste Kunde der französischen Atom-Branche.

Mycle Schneider, der Herausgeber des World Nuclear Industry Status Report, sieht die Posten in den Auftragsbüchern schwinden. International sei **Russland "der entscheidende, aggressivste Promoter" des Neubaus von Atomkraftwerken gewesen**. Und nun sei plötzlich dieser Engpass entstanden. (...) ? Eigentlich **plante** man im französischen Wirtschaftsministerium sogar, den russischen Konzern **Rosatom mit 20% an dem heimischen Turbinenhersteller in Belfort zu beteiligen**.

Doch dieser Plan könnte nun auf Eis gelegt werden. Frankreich währte sich mit seiner Atom-Strategie im Aufwind. Doch **die Pläne sind ins Trudeln geraten**."

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/frankreich-atomindustrie-101.html>

.) Armut und Reichtum: Deutschlands gefährlichste Clans :

<https://www.kontextwochenzeitung.de/wirtschaft/583/deutschlands-gefaehrlichste-clans-8217.html>

- Sie besitzen obszöne Vermögen dank schmutziger Geschäfte, tanzen dem Staat auf der Nase herum und haben mächtige Verbündete in Politik und Wirtschaft: die Milliarden-Erben deutscher Familiendynastien. Was ist hier die Sehenswürdigkeit?

Die Yacht von Reinhold Würth in New York. Foto: Jaybaum, CC BY-SA 4.0,

[https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=67778107-](https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=67778107)

Bevor Fantasie und Kreativität die Wirklichkeit mit Hinzugedichtetem aufpeppen, lassen sich die großen Mythen von wahren Begebenheiten und realen Figuren inspirieren. So auch der größte: die Legende von der Leistung, die sich lohnt.

Mitunter gibt es sie, die Menschen wie Reinhold Würth, die klein angefangen haben und es durch gewaltige Anstrengungen bis an die Spitze des Weltmarktes gebracht haben.

Der Multimilliardär und Kunstförderer, von dessen Zuwendungen insbesondere die Kultur in Schwäbisch Hall profitiert, hat mit 14 Jahren die Schule abgebrochen und angefangen, [im Schraubenhandel der Eltern zu arbeiten](#).

Nach sieben Jahrzehnten Berufstätigkeit hat Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) dem "Mann mit der einzigartigen Erfolgsgeschichte" zum Jubiläum gratuliert, aus dem regionalen Handelsunternehmen ist eine in 80 Ländern

aktive Unternehmensgruppe geworden – mit weltweit 83.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 14,4 Milliarden Euro.

.) Avantgarde der Eskalation :

<https://www.jungewelt.de/artikel/427801.%C3%B6kobellizisten-avantgarde-der-eskalation.html> -

Ein historisches Déjà-vu: Jugoslawien und Ukraine – kaum regieren die Grünen mit, kommt es zu einem Angriffskrieg. Wie die Ökopaxe lernten, die Bombe zu lieben. Joseph Fischer und Daniel Cohn-Bendit auf der Bundesversammlung der Grünen in Bremen 1995

Gerd Schumann, ehemals Leiter des Auslandsressorts der *jungen Welt*, veröffentlichte 2021 das Buch »Joschka Fischer. Wollt ihr mich oder eure Träume. Ein Nachruf«, Verlag Das Neue Berlin, 192 Seiten, 15 Euro

Die »einstige Partei der Drückeberger (ist) zu einem Ort der Wehrhaftigkeit mutiert«, bemerkte jüngst, immerhin satte 23 Jahre nach dem Jugoslawien-Krieg, sogar die FAZ (27.5.2022). Das Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie versteht Antimilitarismus als »Drückebergerei«; Aufrüstung, Sanktionierung, Waffenexporte sind Ausdruck von »Wehrhaftigkeit«: ein ganz besonderes eigenartiges Lob für die Grünen in tragischen Zeiten. Es wäre früher – vor Bündnis 90/Die Grünen – undenkbar gewesen. *Mehr Text unter dem o. a. Link.*

.) Schrott für Waffenbrüder in Kiew : <https://www.jungewelt.de/artikel/427776.auftr%C3%BCstungsspielchen-schrott-f%C3%BCr-waffenbr%C3%BCder-in-kiew.html> -

Panzertausch zwischen Deutschland, Griechenland und Ukraine. Ärger über Scholz in Athen.

Die Regierungen in Deutschland und Griechenland inszenieren einen großen »Ringtausch« gepanzerter Fahrzeuge, die in der Ukraine zum Einsatz kommen sollen. Mit Hilfe der zwischen den Regierungschefs Olaf Scholz und Kyriakos Mitsotakis am vergangenen Dienstag getroffenen Vereinbarung entledigen sich die beiden NATO-Verbündeten alter Schützenpanzer »BMP-1« aus sowjetischer Produktion, die in den neunziger Jahren aus DDR-Beständen nach Athen geliefert worden waren. Die waffentechnische Altlast soll nun im Krieg in der Ukraine nutzbringend verschrottet werden. Deutschland liefert dafür ihre ebenfalls veralteten Panzer vom Typ »Marder« Richtung Athen und versorgt danach die Bundeswehr mit dem allerneuesten Fahrzeug »Puma«. Die wachsenden Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei an der »Südflanke« der NATO bleiben weitgehend unberücksichtigt.

Für deutsche Waffenschmieden wie Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann schaffen die Tauschgeschäfte zur Bewaffnung der Ukraine eine geradezu idealtypische Situation. Altes Kriegsgerät verschwindet aus den Depots, die mit

neuen, hochmodernen Systemen aufgefüllt werden müssen. Geld spielt in der aktuellen politischen Situation offenbar keine Rolle mehr. Vom »Puma«, den die Bundeswehr-Führung im vergangenen Jahr auf der Videoplattform Youtube als »modernsten Schützenpanzer der Welt« bejubelte – »extrem agil, rundum geschützt und äußerst präzise im Schuss« –, werden nun 350 Stück in die Arsenale der laut Olaf Scholz zur »größten konventionellen Armee« in Europa aufgestiegenen Bundeswehr einrücken.

Den griechischen NATO-Partnern bereitete der Handel, der schweres Kriegsgerät jetzt über die Zwischenstation Athen in den in der Ukraine tobenden brutalen Stellvertreterkrieg befördert, offenbar einige Kopfschmerzen. Griechenlands Armee verfügt gegenwärtig über geschätzt 200 BMP-Fahrzeuge; ein Kontingent, das – in Richtung Ukraine geliefert – die Hellenen aus russischer Sicht wohl zu direkten Kriegsgegnern machen würde, wie die Opposition in Athen befürchtet.

Die zwischen Scholz und Mitsotakis vereinbarten Details des »Ringtauschs« erfuhren die elf Millionen Griechen am vergangenen Dienstag zudem nicht von ihrer Regierung, sondern über die Presse von Scholz. Die linke Athener Tageszeitung Efimerida ton Syntakton (Efsyn) bedankte sich am Mittwoch voller Ironie beim Bundeskanzler »für die Information« – in Athen hatten Mitsotakis und seine Leute zunächst kein Wort über den »Deal« verloren.

[Aufklärung statt Propaganda. Die Printausgabe der Tageszeitung junge Welt jetzt drei Wochen gratis lesen. Das Probeabo endet automatisch, muss nicht abbestellt werden.](#)

Die Griechen bedrückt in diesen Tagen nicht so sehr der Ukraine-Krieg, in dessen Rahmen eine vor kurzem noch als Totengräber des Rechtsstaats verdammte, aggressive polnische Regierung Europas Führungsmächte vor sich hertreibt. Sie schauen vielmehr in Richtung Ankara, von wo seit Tagen wieder harsche Töne über die Grenze herüberschallen. Die vernünftigen Beziehungen, die sich Mitsotakis und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan vor erst zweieinhalb Monaten gegenseitig versprochen hatten, kamen in Wahrheit nie zustande. Beide Chefpolitiker schüren vielmehr seit einigen Wochen erneut einen rechten Nationalismus in ihren Ländern, beide fürchten um ihre Macht, wenn im kommenden Jahr in Athen und Ankara gewählt werden wird.

Im von Scholz und Mitsotakis beschlossenen Panzertausch vermischen sich nun die Waffenlieferungen in die Ukraine mit der Aufrüstung und Modernisierung der griechischen Armee, sehr zum Ärger Erdogans, dessen NATO-Partner gleichzeitig in Washington und Brüssel Stimmung gegen ihn machte: Den türkischen Nachbarn wirft Mitsotakis vor, seit Tagen mit der Doktrin »Blaue Heimat« im beginnenden Wahlkampf unverblümt griechisches Territorium wie die Inseln Samos, Chios und Rhodos für sich zu beanspruchen.

Eine unrühmliche Rolle spielt für die Griechen dabei erneut die deutsche Kriegs- und Wirtschaftsmacht. Während Mitsotakis dem Panzergeschäft offenbar in der Hoffnung zustimmte, damit den Einfluss Berlins auf den Gegner in Ankara erkaufen

zu können, ließ Scholz die »Freunde in Athen« wissen, der Streit an der Ägäis sei zunächst und vor allem eine unter den beiden Nachbarländern auszuhandelnde Sache.

.) Bundeswehr kann tüchtig aufrüsten : <https://taz.de/Abstimmung-Sondervermoegen-Bundeswehr!/5856375/> - Der Bundestag verankert einen 100-Milliarden-Fonds für die Bundeswehr im Grundgesetz. Diese Aufrüstung sei Wahnsinn, meint die Linke. Protest vor dem Bundestag gegen „Geldregen für Waffen und Militärausgaben“ am Tag der Abstimmung.

Den Abgeordneten des Bundestags ging es nach der langen Haushaltswoche wohl wie Schüler:innen vor den Pfingstferien. Als Finanzminister Christian Lindner, FDP, die „historische“ Grundgesetzänderung ankündigte, musste ihn Aydan Özoğuz für einen Ordnungsruf unterbrechen: „Dies ist eine wirklich wichtige Debatte“, appellierte die Bundestagspräsidentin an die schwatzenden Parlamentarier:innen. Recht hatte sie. Um die Bundeswehr zu ertüchtigen, werden zusätzlich 100 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen. Damit dies trotz grundgesetzlicher Schuldenbremse möglich ist, beschloss der Bundestag mit 567 Stimmen am Freitag eine Grundgesetzänderung. Die nötigen Stimmen für die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit, die bei 491 liegt, steuerte die Union bei. Zusammen kommen die Fraktionen der Ampel aus SPD, Grünen und FDP und die Unionsfraktion auf 613 Sitze. Etliche Abgeordnete von ihnen stimmten also auch dagegen oder enthielten sich.

.) Mögliche Kriegsziele in der Ukraine: Deutschland, was willst du? „Was sollte die deutsche Politik im Kontext des russischen Überfalls auf die Ukraine erreichen? Eine Debatte ist überfällig: <https://taz.de/Moegliche-Kriegsziele-in-der-Ukraine!/5856400/> - *In der deutschen Öffentlichkeit wird heftig um den richtigen Umgang mit dem russischen Überfall auf die Ukraine gerungen. Nicht nur die **viel diskutierten öffentlichen Briefe** konzentrieren sich dabei auf die Frage: Soll Deutschland schwere Waffen liefern – ja oder nein?*

Doch eigentlich sollte man sich zuerst über die Ziele verständigen, bevor die richtigen Mittel gewählt werden können. Ist es ein deutsches Ziel, dass die Ukraine den Krieg gewinnt? Die Beantwortung dieser Frage fällt auch der Bundesregierung seltsam schwer. Es ist an der Zeit, eine Debatte über die Ziele der deutschen Politik zu führen. Wir beschreiben mögliche Ergebnisse des russischen Überfalls auf die Ukraine und ordnen sie aus deutscher Sicht ein. Auf dieser Grundlage skizzieren wir, was das für die deutsche Außenpolitik bedeuten könnte.

Sieg der russischen Armee mit moskautreuer Regierung in Kiew

Mit dem Rückzug der russischen Truppen aus dem Norden der Ukraine und dem

Gebiet um Kiew scheint dieser Ausgang zunächst wenig wahrscheinlich. Da aber niemand weiß, welche Wendungen der Krieg noch nimmt – etwa nach einem militärischen Erfolg der Russen im Donbass –, kann er auch nicht ausgeschlossen werden.

Die Folgen wären weitreichend: Ein solches Ergebnis würde das Ende der Grundprinzipien jener Weltordnung bedeuten, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entstand. Das gewalttätige Verschieben von Grenzen, das bereits mit der Krim-Annektion 2014 begann, wäre endgültig nicht mehr nur eine hypothetische Möglichkeit. Die Gefahr wäre groß, dass ein russischer Erfolg Nachahmer auf den Plan ruft, die ebenfalls mit militärischer Gewalt ihre politischen Ziele durchsetzen wollen. Und da geht es nicht nur [um China und Taiwan](#).

Gleichzeitig würde dieser Ausgang das westliche Bündnis in Selbstzweifel stürzen. Niederlagen führen oft zu Auflösungstendenzen. Es wäre auch eine Niederlage von US-Präsident Biden, die bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in zwei Jahren den Erfolg eines Kandidaten mit isolationistischer „America first“-Orientierung noch wahrscheinlicher macht. Auf globaler Ebene würde das zu einer Schwächung der liberalen Demokratien führen, im Osten Europas außerdem zu einer dauerhaften Bedrohung von EU- und Nato-Staaten durch einen aggressiven und imperial auftretenden Nachbarn. Ein militärisch siegreiches Russland würde vermutlich nicht mit den Grenzverschiebungen aufhören; vielmehr könnte es Teile Moldaus und Georgiens annektieren. Auch im Baltikum würde die Angst vor einer russischen Invasion noch weiter wachsen.

Aus deutscher Sicht wäre dieser Kriegsausgang fatal. Der mögliche Rückzug der USA würde den Aufbau einer europäischen Verteidigungsfähigkeit zwingend notwendig machen, was Deutschland stark fordern würde. Nur was wäre, wenn der autoritäre Virus auch noch Frankreich erfassen sollte? Mit welchem Partner sollte Deutschland das dann umsetzen? Möglich, dass die EU in diesem Umfeld dramatisch geschwächt würde, sogar zerbrechen könnte. Deshalb muss aus deutscher Perspektive alles getan werden – mit Ausnahme eines westlichen Kriegseintritts, der die Lage weiter eskalieren würde –, um einen solchen Sieg Putins zu verhindern. Dazu muss das Militär der Ukraine gestärkt werden, auch mit [schweren Waffen aus Deutschland](#).

.) Geschichte: 1955 - Atomstrom teuer als Wasserkraft und Kohle :

[https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/xsrec/current/2/sn/edb?](https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/xsrec/current/2/sn/edb?q=YToxOntzOjExOjZyYWN0YmVncmlmZiI7czoxMToiS2VybmVudXJnaWUiO30=)

[q=YToxOntzOjExOjZyYWN0YmVncmlmZiI7czoxMToiS2VybmVudXJnaWUiO30=](https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/xsrec/current/2/sn/edb?q=YToxOntzOjExOjZyYWN0YmVncmlmZiI7czoxMToiS2VybmVudXJnaWUiO30=) Text unter dem Link.

.) Ein LNG-Terminal am Atomstandort Brunsbüttel? : LNG-Terminal Brunsbüttel – **Dringender Hilferuf um Unterzeichnung** der [Öffentlichen Petition](#): Stopp der Planungen für ein LNG Terminal - **Ende der Frist 06.06.2022** [jetzt mitzeichnen](#)